

NEUE STROMFRESSER Brauche ich das digitale Fernsehen?

Das digitale Fernsehen ist da. Der ORF stellt um, die Kosten müssen allerdings die Konsumenten tragen.

Betroffen sind alle, die ihr Fernsehprogramm nicht über Kabel oder digital mit einem Satellitenreceiver mit ORF-Karte empfangen.

Wer ORF 1 und 2 sowie ATV über eine Haus- bzw. Dachantenne empfängt, braucht entweder ein neues, dvb-t-tägliche Fernsehgerät, einen digitale Sat-Anlage oder eine dvb-t-Box. Beides muss von den Gebührenzahlern selbst angeschafft werden. Für den Betrieb des zusätzlichen Gerätes entstehen natürlich auch noch zusätzliche Stromkosten.

Eine dvb-t-Box kostet in allen Geschäften, die Elektrogeräte führen, ab rund 40 Euro. Personen mit Gebührensbezug bekommen die Box ebenso günstiger wie jene



Seit 26. Oktober sendet der ORF in Graz digitale Signale

100.000 Österreicher, die als erstes die unlängst vom ORF verschickten Gutscheine für höherwertige Boxen einlösen. Denn die „Boxen“ sind nicht alle gleich. Die guten Stücke, die beim Teletext mehr können – also „mhp-fähig“ sind – gibt es erst über 100 Euro.

An sich steckt man die neue Box einfach zwischen Hausantenne und und TV-Gerät. Dann geht es ans Abstimmen für den perfekten Empfang. Ob die Installation

der dvb-t-Box wirklich allen Benutzern ohne professionelle Hilfe gelingt, wird sich erst zeigen.

Jedenfalls kann festgestellt werden, dass die Modernisierung des Fernsehens auf Kosten der Konsumenten stattfindet. Allein schon deshalb, weil die Besitzer von Video- oder DVD-Rekordern oder von mehreren Fernsehern pro Gerät eine dvb-t-Box brauchen. Die Wirtschaft freut es jedenfalls.

Neue Kosten durch neues Digital-TV

Die steirische Volksstimme fragt, was die Steirer vom digitalen Fernsehen halten und wissen.

Da hat man sich wieder etwas einfallen lassen, damit die Wirtschaft lebt! Für die armen Leute ist das Wahnsinn, wenn sie sich diese



Geräte kaufen müssen, nur, damit sie weiter fernsehen können. (Renate Strohmaier)



Nur mit speziellen Receivern kann man das digitale Signal empfangen. Ich wurde über die Medien entsprechend informiert. Mit Gutscheine bekommt man den Receiver

um 40 Euro günstiger. (DI Heinz Autischer, Elektrotechniker)

Ich habe keine Ahnung, welchen Sinn das haben soll. Vielleicht wirtschaftliche Gründe? Ich bin nicht betroffen, weil wir zu Hause keinen Fernseher haben. Vor allem ältere Leute werden überfordert sein.



(Claudia Knopper, Geburtsbegeleiterin)



Digital ist schick, analog ist out! Es gibt hier zwei Gerätetypen. Der Gutschein gilt nur für alle speziellen TÜV-zertifizierten

Geräte mit der besonderen Teletextfähigkeit. Die kosten um mindestens die 40 Euro mehr, die der Gutschein wert ist! (Thomas Rohrmoser, Softwarebranche)

Bild und Ton sollen besser werden. In letzter Zeit hört man ja viel zum Thema. Da gibt es neuerdings auch eine ganz nette



Werbung. Die Mindestpensionisten bekommen einen Gutschein und können das Gerät im Handel dann günstiger kaufen. (Karin Dorner, Floristin)

MEINUNG

REFORMEN SIND NACH DEN SKANDALEN UM ÖGB UND BAWAG GEFORDERT

Schlagkraft statt Bonzentum: Wir brauchen eine neue Gewerkschaft

Nach den Skandalen um die Gewerkschaftsbank BAWAG und den ÖGB dürfen die hochbezahlten ÖGB-Granden nicht weitertun, als ob nichts geschehen wäre. Die Gewerkschaftsbewegung muss wieder Boden unter den Füßen gewinnen. Mehr denn je brauchen die Menschen in diesem Land eine starke Interessenvertretung.

Wir wollen, dass der ÖGB wieder an Vertrauen bei den Mitgliedern und in der Öffentlichkeit gewinnt. Dazu sind radikale Änderungen nötig. Daher fordern

wir, dass die ÖGB-Spitzen für Gewerkschaftsmitglieder und künftige Mitglieder konkrete, sichtbare Zeichen setzen. Deshalb fordert der GLB:

- Urabstimmung der ÖGB-Mitglieder über die Grundzüge der ÖGB-Reform
- Reform der Spitzenbezüge
- Keine Doppelbezüge für ÖGB-Funktionäre

Der ÖGB darf keine Säule der Sozialpartnerschaft sein, sondern muss kämpferisch für die Interessen der arbeitenden Menschen eintreten. Minimalfor-

derungen sind dabei:

- Realloohnerhöhung
- Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich
- Keine weiteren Privatisierungen
- Erhaltung der Grundversorgung im öffentlichen Eigentum

Das alles wurde in einem Antrag des GLB-Exekutive, Sektion Justizwache Steiermark, festgehalten. Dieser Antrag wurde einstimmig von der GLB-Bundeskongress am 21. Oktober 2006 beschlossen.

Christian Sikora, GLB Exekutive

